

10 PUNKTE

FÜR EINE VERLÄSSLICHE UND LEISTUNGSFÄHIGE STRASSENINFRASTRUKTUR IM RUHRGEBIET

Der schlechte Zustand der Straßen im Ruhrgebiet wirkt sich immer stärker auf die Unternehmen in NRW aus. Staus, stockender Verkehr, Umleitungen und Sperrungen nehmen zu und erschweren Logistik und Produktion. Es entstehen zusätzliche Kosten und Umweltbelastungen. Mehr Fahrzeuge und Personal sind nötig, um die Kunden zu bedienen. Mitarbeiter erreichen ihre Arbeitsorte schlechter, und in den Innenstädten bleiben die Kunden weg.

Die mangelhafte Infrastruktur belastet die Wirtschaft nachhaltig, denn verlorene Kunden und Mitarbeiter lassen sich nur mit viel Aufwand zurückgewinnen. Zudem wird weniger investiert, wenn keine Aussicht auf Besserung besteht. Zu oft ist unklar, wann eine marode Brücke ersetzt wird oder eine versprochene Kapazitätserweiterung zur Verfügung steht. Den Unternehmen fehlen Verlässlichkeit und Planbarkeit, besonders für wichtige Zukunftsinvestitionen.

Für eine bessere Straßeninfrastruktur im Ruhrgebiet fordern wir:

1. MEHR MITTEL FÜR ERHALT UND AUSBAU STRASSEN

Die Erhaltungsmittel für die Bundes- und Landesstraßen stagnieren. Mittel für den Ausbau der Landesstraßen wurden sogar gekürzt. Gleichzeitig sind die Baukosten stark gestiegen. Zudem nutzt NRW den Verfügungsrahmen für die Bundesstraßen nicht voll aus. Die Landesregierung sollte umgehend mit dem Aufbau eines Vorrats baureifer Projekte gegensteuern. Sie muss versuchen, schon in 2024 mehr Projekte umzusetzen.

2. TASK FORCE INFRASTRUKTUR RUHR EINSETZEN

Das Ruhrgebiet braucht einen Maßnahmenplan „Straßenerneuerung“. Dieser sollte transparent aufzeigen, welche Vorhaben wann umgesetzt werden müssen. Um diesen Maßnahmenplan für die Instandhaltung und Ertüchtigung des Straßennetzes zu erarbeiten, sollte eine „Task Force Infrastruktur Ruhr“ eingerichtet werden. Sie sollte die Aufgabe übernehmen, in den nächsten 10 Jahren das Projektmanagement zu steuern und auch die kommunalen Entscheidungsträger und Vorhaben einzubeziehen.

3. BRÜCKENMODERNISIERUNGSNETZ AUTOBAHN GMBH ERWEITERN

Das Verkehrsaufkommen im Ruhrgebiet ist überdurchschnittlich hoch. Die Autobahnen haben auch für die innerstädtische Erschließung eine zentrale Funktion. Dennoch steht keine Autobahn im Kern-Ruhrgebiet im prioritären Netz Brückenmodernisierung des Bundesverkehrsministeriums. Mindestens eine Ost-West-Autobahn und eine Nord-Süd-Autobahn sollten (in Ergänzung zu der A1) mit oberster Priorität von der Autobahn GmbH des Bundes saniert werden.

4. MODELLREGION FÜR SCHNELLEN BRÜCKENERSATZ

Das Ruhrgebiet ist als Ballungsraum von Sperrungen und Umleitungen besonders betroffen. Die Wechselwirkungen im Gesamtnetz sind sehr ausgeprägt. Überlastungen treten schon heute überdurchschnittlich oft auf. Bereits kleine Einschränkungen mindern die Leistungsfähigkeit des Netzes erheblich. Gleichzeitig fehlt im Ballungsraum der Platz, um bei einer Sanierung Eingriffe

in den Verkehrsfluss zu vermeiden. Da dies rund 230 Autobahnbrücken im Ruhrgebiet betrifft, sollte das Ruhrgebiet eine Modellregion für beschleunigte Bau- und Planungsprozesse werden. Es gilt neue Konzepte und innovative Verfahren zu erproben. Wir fordern deshalb eine Modellregion Infrastrukturertüchtigung Ruhr. Hierfür müssen zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

5. PLANUNGSBESCHLEUNIGUNG AUSREIZEN UND SCHNELLER BAUEN

Die Beschleunigungsmaßnahmen der Bundesregierung und der Länder sollten konsequent angewandt werden. Wir sehen aber bereits, dass die Maßnahmen nicht weitreichend genug sind – weitere Beschleunigungsgesetze sollten folgen. NRW vereinbart zu selten Beschleunigungsgewährleistungen mit den Bauunternehmen. Das Land sollte dieses Anreizinstrument öfter nutzen. Weiterhin sollte die Landesregierung mehr Ausschreibungen machen, um Verfahren durch Modul- und Schnellbau zu beschleunigen und die Innovationskraft NRWs zu stärken.

6. BAUSTELLENMANAGEMENT UND -KOMMUNIKATION VERBESSERN

Gut aufeinander abgestimmte Baustellen verhindern Staus und stockenden Verkehr und verbessern den Verkehrsfluss. Die Landesregierung sollte daher ein eigenes Baustellenmanagement Ruhr einführen und zusätzlich die Nutzung der bewährten Baustellenkoordinationsplattform „TIC Kommunal“ bei den Kommunen konsequent einfordern. Der Staat hat eine Kommunikationsaufgabe, die er verbindlicher wahrnehmen sollte, indem er Unternehmen frühzeitig über Maßnahmen informiert.

7. PROJEKTBEZOGENE ARBEITSKREISE FÜR ZENTRALE VORHABEN

Wir begrüßen, dass die Landesregierung das Konzept der regionalen Arbeitskreise auf alle Bezirksregierungen ausweiten will. Um effektiv zu arbeiten, sollten sich die Arbeitskreise aber nicht auf ein Gebiet, sondern jeweils auf eine konkrete Infrastrukturmaßnahme beziehen und durch die planfeststellende Stelle geleitet werden.

8. FAHRVERBOTE VERMEIDEN

Die Infrastruktur ist ein öffentliches Gut. Sie steht allen Verkehrsteilnehmern zu. Fahrverbote und Umleitungen führen immer auch zu volkswirtschaftlichen Schäden. Daher sollten Fahrverbote nur dann verhängt werden, wenn sie unvermeidlich sind. Die Entscheidung über Verkehrseinschränkungen im umliegenden Netz müssen mit Blick auf die Funktionsfähigkeit des Gesamtnetzes getroffen werden. Sie sollten nicht allein aus kommunalen Erwägungen erfolgen.

9. MEHR ZUSAMMENHÄNGENDE AUSSCHREIBUNGEN

Planungs- und Bauprozesse können durch die Art der Vergabe und Ausschreibung der Aufträge maßgeblich beschleunigt werden. Vergabeverfahren sollten stärker funktionale Zusammenhänge beachten und die Potentiale mit Blick auf die Realisierungszeit und den Erhalt des Verkehrsflusses stärker berücksichtigen.

10. ZENTRALE PROJEKTE ZUR CHEFSACHE MACHEN

Manche Baumaßnahmen beeinflussen die Erreichbarkeit des Ruhrgebiets besonders. Dazu gehören z. B.: der A1-Ausbau zwischen Münster-Hiltrup und dem Kamener Kreuz sowie der Umbau des Westhofener Kreuzes, die A42-Rhein-Herne-Kanalbrücke, die A43-Emschertalbrücke, die A45-Rahmedetalbrücke, der A52-Ausbau zwischen dem Kreuz Essen-Nord und Gelsenkirchen-Buer-West, die A59-Berliner Brücke, die Uerdinger Rheinbrücke, der Umbau des Autobahnkreuzes Kaiserberg sowie die B474n zur Erschließung von newPark. Für diese Maßnahmen sollte sich die Landesregierung besonders einsetzen.